



Basler Zeitung
4002 Basel
061/ 639 11 11
www.baz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 50'237
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.201
Abo-Nr.: 1095889
Seite: 27
Fläche: 104'041 mm²

«Für die Region besonders wichtig»

Nationalrätin Daniela Schneeberger (FDP)
kämpft für die Unternehmenssteuerreform III

Von Thomas Dähler

BaZ: National- und Ständerat haben, Frau Schneeberger, die Unternehmenssteuerreform III ganz in Ihrem Sinn ausgestaltet. Jetzt steht eine Referendumsabstimmung an. Haben Sie keine Angst, dass Sie und Ihre Mitstreiter den Bogen überspannt haben?

Daniela Schneeberger: Nein. Das Ergebnis der politischen Beratung ist gut. Ursprünglich wollte der Bundesrat sogar die Stempelsteuer abschaffen. Wir haben dieses Anliegen aus der Vorlage entfernt und uns auf die wesentlichen Massnahmen beschränkt. Statt auf die Abschaffung der Stempelsteuer setzten wir auf die zinsbereinigte Gewinnsteuer und entsprechen damit der Anforderung einiger Kantone und der Wirtschaft. So ist es eine ausgeglichene Vorlage, die keineswegs überbortet.

Die Einnahmefälle treffen die Bundeskasse. Ist der Bund der Verlierer aus dem Seilziehen zwischen Bund, Kantonen und Wirtschaft?

Es gibt hier keine Verlierer, sondern Gewinner – vor allem, weil wir Arbeitsplätze in der Schweiz sichern und somit auch das Steuersubstrat. Die Kantone haben ja auch grosse Autonomie in der Umsetzung. Von den dynamischen Effekten für die Wirtschaft, also dem Erhalt von Arbeitsplätzen und der Gewinnung neuer Firmen, profitieren der Bund, die Kantone und die Gemeinden. Die Bedingungen der Schweizer Wirtschaft sind damit gegenüber dem Ausland wieder hergestellt.

Die Gegner reden von einem Raubzug auf die Bundeskasse. Weshalb lehnen Sie eine Gegenfinanzierung – etwa die Kapitalgewinnsteuer – ab?

Der Bundesrat hatte in der Vernehmlassung eine Kapitalgewinnsteuer

vorgeschlagen, doch dies wurde von den Kantonen verworfen, denn mehrmals hat das Volk eine solche Steuer wuchtig verworfen. Eine solche Steuer bringt vor allem komplexe Probleme bei der Anwendung, ohne wesentliche Erträge. Bei uns in der Schweiz ist die Vermögenssteuer ohnehin hoch, sodass eine solche zusätzliche Steuer uns gegenüber dem Ausland nur unattraktiver macht.

Die in Bern verabschiedete Unternehmenssteuerreform III ist nun eine Art Auswahlsendung an möglichen Steuererleichterungen für die Kantone, die nicht alle Instrumente nutzen. Baselland etwa verzichtet auf die zinsbereinigte Gewinnsteuer. Braucht es diesen Spielraum für die Kantone?

Ich finde, das ist richtig. Es war immer unser Ziel, den Kantonen möglichst viel Spielraum zu überlassen. So können sie Massnahmen treffen, die zu ihrer Wirtschaftsstruktur passen. Es braucht dafür Flexibilität. Deshalb steht die kantonale Finanzdirektorenkonferenz hinter der Reform.

Die Kantone lancieren jetzt den Steuerwettbewerb neu. Ist dieser erwünscht?

Ich bin eine Befürworterin des Steuerwettbewerbs. Dieser Wettbewerb ist für alle, auch die Kantone und die Unternehmen, positiv. Wettbewerb bringt eine Spirale nach oben – diese ermöglicht mehr Arbeitsplätze und mehr Wohlstand. Wir haben allerdings eine Entlastungsbegrenzung in der Vorlage. Diese Begrenzung kommt den Kantonen entgegen. Es ist eine Schutzmassnahme gegen zu harten Wettbewerb, auch mit Blick auf die Gemeinden.

Der Kanton Baselland will den Gewinnsteuersatz auf 14 Prozent senken. Überascht sie dies?

Ich finde es sehr gut, dass Baselland die Eckwerte für den Kanton bekannt gegeben hat. Diese Transparenz seitens des Kantons verschafft den Unternehmen Planbarkeit. Der Satz in dieser Grössenordnung scheint mir im Vergleich vernünftig. Mit einer Übergangsfrist federt der Kanton die Auswirkungen ab.

Baselland und Basel-Stadt schlagen sehr ähnliche kantonale Lösungen vor – mit dem Unterschied, dass Basel-Stadt ein Sozialpaket vorlegen kann. Glauben Sie, dass sich auf diese Weise die betroffenen Statusgesellschaften im Baselbiet halten lassen?

Ja, ich denke schon. Unsere Region hat wegen den vielen Statusgesellschaften die Unternehmenssteuerreform III ja auch massgeblich geprägt. Vor allem die Patentbox ist speziell auf unsere Region zugeschnitten. Dass sie durchkommt, ist für unsere Region besonders wichtig.

Basel-Stadt konnte mit einem Sozialpaket, ähnlich wie der Kanton Waadt, auch etwas für die natürlichen Personen tun.

«Der Steuerwettbewerb ist für alle, auch die Kantone und die Unternehmen, positiv.»

Beneiden Sie den Kanton Basel-Stadt? Sollte dies auch Baselland versuchen?

Ich finde jeder Kanton soll ausschöpfen, was er kann. Basel-Stadt ist in der Lage, ein Sozialpaket anzubieten – die Zukunft zeigt, ob dies funktioniert. Am Ende ist es eine Frage der Finanzierbarkeit. Es wäre eine Überlegung wert, sich auch in Baselland über ein Sozialpaket Gedanken zu machen.



Basler Zeitung
4002 Basel
061/ 639 11 11
www.baz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 50'237
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.201
Abo-Nr.: 1095889
Seite: 27
Fläche: 104'041 mm²

Höhere Kinder- und Ausbildungszulagen müssten nicht aus der Kantonskasse finanziert werden, sondern von den Unternehmen. Von jenen Unternehmen auch, die jetzt von der Reform profitieren und weniger Steuern bezahlen als vorher. Damit könnten möglicherweise Befürworter gewonnen werden, die bei den kommenden Abstimmungen gebraucht werden.

Das wäre so. Wichtig ist, dass hier der Kanton mit der Wirtschaft das Gespräch sucht.

Der Baselbieter Finanzdirektor Anton Lauber beziffert die Mindereinnahmen für den Kanton auf 49 Millionen Franken und für die Gemeinden auf 30 Millionen Franken. Besteht damit das Risiko, dass die natürlichen Personen für diese Steuererfälle aufkommen müssen?

Nein. Die Reform kommt ja nicht unerwartet. Solche Berechnungen gehen davon aus, dass es in den kommenden Jahren kein Wachstum gibt und die Arbeitsplätze auch ohne Reform hier bleiben würden. Zudem

gibt es ja einen Systemwechsel bei der Dividendenbesteuerung, der ausgleichend wirkt. Insgesamt halte ich die Folgen für verkraftbar und rechne auch nicht mit weiteren Risiken.

Bei der Unternehmenssteuerreform II gab es seinerzeit ein knappes Resultat. Ist die Ausgangslage diesmal besser?

Steuerreformen sind von der Natur her komplex und müssen erklärt werden. Ich glaube, wir können den Bürgerinnen erklären, dass es ohne die Unternehmenssteuerreform III nicht gehen wird. Die Einnahmehausfälle wären durch Wegzüge enorm. Es geht dabei landesweit um drei bis sechs Milliarden Franken. Es ist und bleibt aber so: Die Reform wurde uns von aussen auferlegt, durch die OECD und die G-20. Jetzt ist es uns gelungen, eine Lösung zu finden, die den Standort stärkt.

Bei den Städten gibt es aber einige, die dagegen sind.

Ja, leider. Gemeinden und Städte

misstrauen der Reform zu Unrecht. Es ist Aufgabe der Kantone, für einen gewissen Ausgleich mit den Gemeinden zu sorgen und dies auch aktiv zu machen. In Baselland haben sich bisher nur Liestal und Reinach negativ geäußert. Für die Gemeinden, das streite ich nicht ab, ist es schwierig. Aber es ist zu bewältigen, mit Unterstützung der Kantone.

Betrachten wir die Reform noch aus einer übergeordneten Optik. Die Schweiz wurde ja gezwungen, die heutigen Steuerprivilegien fallenzulassen. Glauben Sie, dass sich die Stellung der Schweiz im internationalen Wettbewerb mit der Unternehmenssteuerreform III halten lässt?

Wir haben auf die Kritik mit guten Instrumenten reagiert. Die beschlossenen Instrumente gibt es auch anderswo, sodass wir wohl nicht weiter kritisiert werden. Ich bin davon überzeugt, dass wir mit der Reform den Standort halten können.

Datum: 01.10.2016

Basler Zeitung



Basler Zeitung
4002 Basel
061/ 639 11 11
www.baz.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 50'237
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.201
Abo-Nr.: 1095889
Seite: 27
Fläche: 104'041 mm²



Den Bogen überspannt? Daniela Schneeberger ist überzeugt, dass die Vorlage ausgewogen ist. Foto Dominik Plus